

GASTBEITRAG

COMMERZBANK-ZENTRALE Die Unicredit will die Frankfurter schlucken - für den Mittelstand wäre das eine schlechte Nachricht



Warum Deutschland die Commerzbank braucht

von HANS-PETER BURGHOF

Es ist ein Unding, dass die italienische Unicredit die Commerzbank gegen den erklärten Willen der Bundesregierung übernehmen will. Der Schaden für Kunden, Steuerzahler und Unternehmen hierzulande wäre enorm.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Deutschland braucht vor allem mehr Markt und Wettbewerb. Das Land liegt wie erstarrt unter der staatlichen Regulierung, und wir riskieren ein Scheitern unseres Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsmodells. Aber wenn dies so ist: Warum sollte man sich gegen die Übernahme der Commerzbank durch die italienische UniCredit wehren? Der Markt für Unternehmenskontrolle ist einer der zentralen Effizienztreiber

Wenn die Übernahme der Commerzbank schief geht, wird auch der **deutsche Staat** für die Rettung dieses neuen europäischen Bankgiganten zahlen müssen

der Marktwirtschaft. Andrea Orcel versichert, aus den Aktien der Commerzbank mehr Wert herauschlagen zu können als das gegenwärtige Management. Warum soll er es nicht probieren dürfen?

Die erste Antwort darauf ist einfach: Weil bei Banken dieser Größe der Staat immer mit in der Haftung ist. Wenn es schiefgeht, wird auch der deutsche Staat für die Rettung dieses neuen europäischen Bankgiganten zahlen müssen. Gerade Orcel sollte dies wissen. Bei seiner bedeutendsten Transaktion als Investmentbanker half er 2007, aus der Royal Bank of Scotland die größte Bank der Welt zu machen. Die Rettung der Bank kostete Steuerzahler in Großbritannien und Belgien eine zweistellige Milliardensumme.



Commerzbank und Tochtergesellschaften

Auch die Bank, die er heute leitet, bekam Staatshilfen, und sie spart, wie alle systemischen Kreditinstitute, durch die implizite Staatsgarantie Milliarden an Refinanzierungskosten. Es ist ein Unding, eine solche Transaktion gegen den erklärten Willen des wichtigsten stillen Teilhabers, des betroffenen Staates, erzwingen zu wollen.

Die zweite Antwort liegt in der größten inhärenten Bedrohung für die Marktwirtschaft: Marktmacht. Ohne den Staat als aktiven Hüter des Wettbewerbs droht die Freiheit der Märkte – und nicht nur der Märkte – vor der Macht der Monopole zu zerbrechen. Im Fall der beabsichtigten Übernahme der Commerzbank liegt das entscheidende Prüfungsrecht bei den EU-Institutionen. Diese haben aber schon deutlich gemacht, dass der Schutz der Bankkunden vor übergroßer Marktmacht nicht ihre primäre Zielsetzung ist. Man verbindet die Prüfung mit mehreren strategischen Perspektiven. So will man grenzüberschreitende Fusionen fördern, um die europäische Bankenunion voranzutreiben. Und man beabsichtigt, die europäischen Bankenmärkte zu „konsolidieren“, um den amerikanischen Großbanken auf den internationalen Märkten etwas entgegenzusetzen zu können. Keinem dieser beiden Ziele wird man tatsächlich näherkommen, wenn man die Übernahme der Commerzbank durchwinkt. Aber auch Wunschvorstellungen haben Entscheidungswirkung.

Tatsächlich bedroht eine mögliche Übernahme der Commerzbank den Wettbewerb der Banken vor allem in einem sehr spezifischen, aber für Deutschland hochrelevanten Marktsegment. Große Mittelständler können ihre Bedarfe nicht bei den zahlreichen regionalen Kreditinstituten decken, und sie passen auch nicht immer zum Geschäftsmodell der großen Deutschen Bank. Hier besteht ein enges Oligopol, mit der Commerzbank an erster und der HVB an der zweiten Stelle. Wenn ausgerechnet diese beiden Banken verschmelzen, hat dies zwangsläufig Auswirkung auf den Preis und die Verfügbarkeit von Krediten für diese Unternehmen.

Große Mittelständler können (oder wollen) zumeist nicht auf den Kapitalmarkt ausweichen. Dazu müssten sie ihr technologisch oft hoch fokussiertes Geschäftsmodell grundlegend umstellen, müssten in neue

Geschäftsfelder wachsen, stärker diversifizieren. Wollen sie dagegen diese besondere Stärke der Konzentration bewahren, benötigen sie Kreditinstitute, die ihnen im Rahmen einer engen informationellen Beziehung zur Überbrückung von Krisenzeiten Liquidität zur Verfügung stellen. Sie brauchen eine Hausbank. Ob sich eine fusionierte UniCredit-Commerzbank als unangefochtener Marktführer in diesem Segment noch die Mühe machen wird, dieses sehr deutsche Finanzierungskonzept weiter mit Leben zu erfüllen, erscheint mir zweifelhaft. Die Fusion der beiden Kreditinstitute kann also auch fundamentale Veränderung in der deutschen Wirtschaft auslösen und alte Stärken zerstören, ohne etwas überzeugendes Neues an ihre Stelle zu setzen.

Darf Deutschland, auch gegen den Willen der europäischen Institutionen, eine eigene Standortpolitik betreiben, etwa um den großen Mittelstand vor einer drastischen Verschlechterung seiner Finanzierungsbedingungen zu schützen? Andere Länder sind da wenig zögerlich. Beim Fallissement der Silicon Valley Bank 2023 garantierten die USA alle Einlagen, wohl auch um eine Pleitewelle unter den Technologieunternehmen des Silicon Valley zu vermeiden. 2017 erzwang Italien die Rettung der ältesten Bank Europas, sicher verdienstvoll, aber doch unter Umgehung der europäischen Abwicklungsregimes für Banken. Brüssel nimmt wenig Rücksicht auf die Besonderheiten in den einzelnen Ländern, hinter denen oft ganz handfeste Interessen der Menschen in diesen Ländern stehen. Das europäische Motto „In Vielfalt geeint“ wird hinsichtlich der Vielfalt mit Füßen getreten, was auf lange Sicht auch die Einheit gefährdet. Wir brauchen hier neues Gleichgewicht zwischen Zentralität und Individualität. In einem Satz: Wir dürfen die Besonderheiten unseres Wirtschaftssystems verteidigen, und es wird Europa sogar nützen.

Danach ist ein Letztes zum Finanzplatz Frankfurt zu sagen. Ein großer Finanzplatz lebt von der Kommunikation vor allem jenseits der Unternehmenshierarchie. Er wird dadurch zum Raum für die Entfaltung von Ideen, Innovationen, Unternehmenskonzepten und ganz persönlichen Karrieren. Die Commerzbank spielte für Frankfurt dabei eine zentrale Rolle. Wenn der Hauptsitz der Gruppe in Mailand ist, wird von davon wenig übrigbleiben.

HANS-PETER BURGHOFF, 62, ist Inhaber des Lehrstuhls für Bankwirtschaft an der Universität Hohenheim

